

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat I, Feuerwehr

Beteiligung:

Betreff:

**Schaffung eines Rettungszentrums durch
den Neubau einer DRK-Rettungswache mit
Kreisgeschäftsstelle und Integrierter
Regionalleitstelle (aktueller Planungsstand)**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 04. Juli 2012

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Pfaffengrund, Weststadt/Südstadt	15.05.2012	Ö	() ja () nein () ohne	
Bauausschuss	22.05.2012	Ö	() ja () nein () ohne	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	23.05.2012	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	13.06.2012	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	28.06.2012	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Bezirksbeiräte Pfaffengrund und Weststadt/Südstadt, der Bauausschuss, der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Grundsatzbeschluss.

Die Planungen für die Schaffung eines Rettungszentrums bestehend aus der Feuerwache, der DRK-Rettungswache mit DRK-Kreisgeschäftsstelle sowie einer Integrierten Regionalleitstelle werden weiter verfolgt. Erklärtes Ziel ist es, den hierfür erforderlichen Neubau der DRK-Rettungswache mit DRK-Kreisgeschäftsstelle sowie einer Integrierten Regionalleitstelle auf direkt angrenzenden städtischen Flurstücken (6785, 6786 und 6786/1) zur Feuerwache im Baumschulenweg zu realisieren. Damit einhergehend werden die maximalen Synergieeffekte des Rettungszentrums Heidelberg bei der täglichen organisationsübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit erreicht, dies gilt umso mehr bei Großschadenslagen und Katastrophen.

Durch die Novellierung des Feuerwehr- und Rettungsdienstgesetzes im Jahr 2010 wurde eine konkrete zeitliche Vorgabe mit Ablauf des Jahres 2011 für die Schaffung von Integrierten Regionalleitstellen gesetzt. Auf Grund dieser Vorgabe ist die Umsetzung des Projektes Rettungszentrum bis 2014, jedoch spätestens 2015 zu realisieren.

Mit Beschluss des Vorhabens wird die Einleitung zur Änderung des Bebauungsplanes auf den oben genannten Flurstücken erforderlich.

Die Ausführung steht unter Vorbehalt eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes unter Berücksichtigung einer angemessenen Beteiligung der betroffenen Nutzungen und unter Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten.

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Kreiskarte - klein
A 02.1	Perspektive Machbarkeit
A 02.2	Lageplan mit Flurstücken
A 03	Variantenabwägung

Sitzung des Bezirksbeirates Pfaffengrund und Weststadt/Südstadt vom 15.05.2012

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Bauausschusses vom 22.05.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses vom 22.05.2012

4 **Schaffung eines Rettungszentrums durch den Neubau einer DRK-Rettungswache mit Kreisgeschäftsstelle und Integrierter Regionalstelle (aktueller Planungsstand)** Beschlussvorlage 0175/2012/BV

Die neuen Anlagen 2.1, 2.2 und 3 zur Drucksache 0175/2012/BV werden in der Sitzung als Tischvorlage verteilt und sollen in den bereits versandten Unterlagen entsprechend ausgetauscht werden.

Herr Dr. Belge, Leiter der Feuerwehr, stellt den Inhalt der Vorlage nochmals ausführlich dar und erklärt, dass seitens der Feuerwehr eine Realisierung in einem Gebäude bevorzugt werde.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz bemängelt das Fehlen von Angaben zur Organisationsstruktur und zur Finanzierung.

Stadtrat Wetzel fragt, ob geprüft worden sei, das Katastrophenschutzlager ebenfalls im neuen Rettungszentrum unterzubringen und wie Herr Dr. Belge die Variante 6 (Integration in das Außensportfeld der Feuerwehr) beurteile.

Herr Dr. Belge antwortet, dass geplant sei, das Katastrophenschutzlager bei der Freiwilligen Feuerwehr Wieblingen unterzubringen, und es daher bislang keine Überlegungen zur Integration in das Rettungszentrum gebe. Variante 6 würde aufgrund der Statik sehr hohe Investitionskosten verursachen. Herr Erster Bürgermeister Bernd Stadel verweist ebenfalls auf den massiven und möglicherweise nachteiligen Eingriff in das bestehende, nach Passivhausstandard errichtete Gebäude sowie auf die dann entfallende Nutzung als Sportfeld. Er verweist weiter darauf, dass es jetzt um einen Grundsatzbeschluss gehe, der weitere Planungen nach sich ziehe.

gezeichnet

Bernd Stadel
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung
Ja 10 Nein 00 Enthaltung 01

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 23.05.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 23.05.2012

10 Schaffung eines Rettungszentrums durch den Neubau einer DRK-Rettungswache mit Kreisgeschäftsstelle und Integrierter Regionalleitstelle (aktueller Planungsstand)

Beschlussvorlage 0175/2012/BV

Herr Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz erklärt, es müsse zunächst ein Organisationskonzept vorliegen, um die Dimension der baulichen Maßnahme beurteilen zu können. Er bittet daher um Vorlage des AG-Grundlagenpapiers, das in der Vorlage erwähnt sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt dies zu.

Anschließend stellt Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner den **Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Grundsatzbeschluss.

Die Planungen für die Schaffung eines Rettungszentrums bestehend aus der Feuerwache, der DRK-Rettungswache mit DRK-Kreisgeschäftsstelle sowie einer Integrierten Regionalleitstelle werden weiter verfolgt. Erklärtes Ziel ist es, den hierfür erforderlichen Neubau der DRK-Rettungswache mit DRK-Kreisgeschäftsstelle sowie einer Integrierten Regionalleitstelle auf direkt angrenzenden städtischen Flurstücken (6785, 6786 und 6786/1) zur Feuerwache im Baumschulenweg zu realisieren. Damit einhergehend werden die maximalen Synergieeffekte des Rettungszentrums Heidelberg bei der täglichen organisationsübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit erreicht, dies gilt umso mehr bei Großschadenslagen und Katastrophen.

Durch die Novellierung des Feuerwehr- und Rettungsdienstgesetzes im Jahr 2010 wurde eine konkrete zeitliche Vorgabe mit Ablauf des Jahres 2011 für die Schaffung von Integrierten Regionalleitstellen gesetzt. Auf Grund dieser Vorgabe ist die Umsetzung des Projektes Rettungszentrum bis 2014, jedoch spätestens 2015 zu realisieren.

Mit Beschluss des Vorhabens wird die Einleitung zur Änderung des Bebauungsplanes auf den oben genannten Flurstücken erforderlich.

Die Ausführung steht unter Vorbehalt eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes unter Berücksichtigung einer angemessenen Beteiligung der betroffenen Nutzungen und unter Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.06.2012

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung
Nein 1

Sitzung des Gemeinderates vom 28.06.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 28.06.2012

9 Schaffung eines Rettungszentrums durch den Neubau einer DRK-Rettungswache mit Kreisgeschäftsstelle und Integrierter Regionalleitstelle (aktueller Planungsstand)

Beschlussvorlage 0175/2012/BV

Es melden sich zu Wort: Stadträtin Marggraf, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Stolz, Stadtrat Cofie-Nunoo

Stadträtin Marggraf, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz und Stadträtin Stolz kritisieren, dass das im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss am 23.05.2012 vom Oberbürgermeister zugesagte Grundlagenpapier der Arbeitsgemeinschaft bis heute nicht vorgelegt wurde. Die baulichen, finanziellen und organisatorischen Dimensionen seien daher schwer zu beurteilen.

Stadtrat Cofie-Nunoo merkt an, in der Beschlussvorlage im letzten Satz weise die Verwaltung darauf hin, dass für die weitere Ausarbeitung zunächst eine grundsätzliche Zustimmung zu Konzept und Standort erforderlich sei.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die noch nicht erfolgte Übersendung des Grundlagenpapiers schnell nachzuholen.

Er wirbt um Verständnis dafür, dass heute ein Grundsatz beschlossen werden solle, der dann weitere Planungen nach sich ziehe und Details selbstverständlich diskutiert werden müssten.

Oberbürgermeister Dr. Würzner ruft den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung auf.

Beschluss des Gemeinderates:

Die Planungen für die Schaffung eines Rettungszentrums bestehend aus der Feuerwache, der DRK-Rettungswache mit DRK-Kreisgeschäftsstelle sowie einer Integrierten Regionalleitstelle werden weiter verfolgt. Erklärtes Ziel ist es, den hierfür erforderlichen Neubau der DRK-Rettungswache mit DRK-Kreisgeschäftsstelle sowie einer Integrierten Regionalleitstelle auf direkt angrenzenden städtischen Flurstücken (6785, 6786 und 6786/1) zur Feuerwache im Baumschulenweg zu realisieren. Damit einhergehend werden die maximalen Synergieeffekte des Rettungszentrums Heidelberg bei der täglichen organisationsübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit erreicht, dies gilt umso mehr bei Großschadenslagen und Katastrophen.

Durch die Novellierung des Feuerwehr- und Rettungsdienstgesetzes im Jahr 2010 wurde eine konkrete zeitliche Vorgabe mit Ablauf des Jahres 2011 für die Schaffung von Integrierten Regionalleitstellen gesetzt. Auf Grund dieser Vorgabe ist die Umsetzung des Projektes Rettungszentrum bis 2014, jedoch spätestens 2015 zu realisieren.

Mit Beschluss des Vorhabens wird die Einleitung zur Änderung des Bebauungsplanes auf den oben genannten Flurstücken erforderlich.

Die Ausführung steht unter Vorbehalt eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes unter Berücksichtigung einer angemessenen Beteiligung der betroffenen Nutzungen und unter Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung
Nein 1 Enthaltung 1

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e: Begründung:
SOZ 3	+	Ziel/e: Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und Bürgerschaftliches Engagement fördern Begründung: Die derzeitige Rettungswache ist in baulich schlechtem Zustand und entspricht nicht mehr den heutigen fachlichen Anforderungen sowie den Vorgaben der Unfallversicherung, was sich negativ auf die Motivation der Mitarbeiter auswirkt.
SL 6	+	Ziel/e: Flächenverbrauch senken, Flächen effektiv nutzen Begründung: Durch die angestrebte gemeinsame Nutzung von Teilen des Gebäudes als Rettungswache, Kreisgeschäftsstelle des DRK und Integrierte Regionalleitstelle können Synergien genutzt werden. Durch die angrenzende Nachbarschaft an die Feuerwache können weitere Synergien wie z.B. gemeinsame Hofeinfahrt, gemeinsame Parkplätze, gemeinsame Ausbildungsräume, gemeinsame Sporträume, gemeinsame technische Räume, Redundanz der Werkstätten, genutzt werden.
UM 4	+	Ziel/e: Klima- und Immissionsschutz vorantreiben Begründung: Die bestehenden Gebäudeteile des DRK sind kaum isoliert, was einen sehr hohen Heizverbrauch zur Folge hat. Neubauten in Passivbauweise reduzieren den Energieverbrauch massiv.
UM 6	-	Ziel/e: Biotop- und Artenschutz unterstützen, Vielfalt der Landschaft erhalten und fördern Begründung: Bei einer teilweisen Bebauung der Flurstücke werden diese Freifläche der bisherigen Nutzung entzogen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Bei einer gemeinsamen Bebauung von Teilen der Freifläche kann der Flächenverbrauch im Vergleich zu getrennten Standorten insgesamt gesehen reduziert werden. Der Neubau entspricht den heutigen Anforderungen für eine adäquate Unterbringung der Mitarbeiter und den ehrenamtlichen Helfer (insbesondere nach Geschlechtern getrennte Umkleiden und sanitäre Anlagen) sowie einer sicheren und gut zugänglichen Unterbringung der vorhandenen technischen Ausstattung. Des Weiteren kann der jetzige, sehr hohe Energieverbrauch in den bisherigen Gebäuden des DRK aufgrund nicht vorhandener Isolierungen drastisch reduziert werden.

B. Begründung:

1. Situation der bestehenden Rettungsorganisationen

1.1 Berufsfeuerwehr Heidelberg

Die Feuerwache der Berufsfeuerwehr Heidelberg liegt im Baumschulenweg mit einer verkehrsgünstigen Anbindung über die Speyerer Straße hin zu allen Stadtteilen. In der Feuerwache sind die Fahrzeuge und die Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr, die Verwaltung, die Feuerwehrleitstelle und das Führungs- und Lagezentrum untergebracht. Es handelt sich um einen im Jahre 2007 bezogenen Neubau am Rande des neu entstehenden Stadtteils Bahnstadt.

1.2 DRK-Rettungswache und DRK-Kreisgeschäftsstelle

Am jetzigen Langen Anger 2 mit direkter Zufahrt auf die Speyerer Straße befinden sich ebenfalls verkehrsgünstig gelegen die DRK-Rettungswache und die DRK-Kreisgeschäftsstelle. Die derzeitigen baulichen Gegebenheiten auf dem bisherigen Gelände des DRK entsprechen weder aus Sicht der Unfallversicherung, noch aus technischer und energetischer Sicht mehr den heute geforderten Standards. Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der derzeitigen Situation scheiden aufgrund städtebaulicher Vorgaben in der Bahnstadt (Konzept Bahnstadt) aus.

1.3 Integrierte Leitstelle Rhein-Neckar

Die Integrierte Leitstelle Rhein-Neckar befindet sich in der Trajanstraße 66 in Ladenburg, welche durch den Rhein-Neckar-Kreis und die beiden DRK-Kreisverbände Rhein-Neckar/Heidelberg und Mannheim getragen und betrieben wird. Dort werden alle medizinischen und feuerwehrtechnischen Notrufe auf 112 angenommen, aktuell mit Ausnahme der Notrufe 112 aus den Stadtkreisen Mannheim und Heidelberg. Des Weiteren befindet sich dort das Amt für Brand- und Katastrophenschutz des Rhein-Neckar-Kreises mit Führungs- und Lagezentrum.

2. Politische Rahmenbedingungen

2.1 Feuerwehr und Rettungsdienst stehen in Baden-Württemberg im Wandel

Reformen von Feuerwehrgesetz und Rettungsdienstgesetz bilden die Grundlage die Qualität und damit die Schlagkraft der Rettungsorganisationen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Es ist der feste Wille der Regierung von Baden-Württemberg, vertreten durch das Innenministerium, die bestehenden Leitstellen von Feuerwehr und Rettungsdienst zu einer integrierten Regionalleitstelle unter der gemeinsamen Notfallnummer 112 zusammenzuführen. Es war nur folgerichtig, dass der Rettungsdienst 2011 auch unter Hinwirken der Rettungsorganisationen dem Innenministerium zugeordnet wurde, bei dem die Rettungsorganisationen Feuerwehr und Bevölkerungsschutz bereits angesiedelt sind.

2.2 Historische Chance einer Standortzusammenführung

Harmonisierung des Rechtsrahmens, Zuordnung aller Hilfsorganisationen zum Innenministerium, Schaffung von integrierten Regionalleitstellen sind in ihrer Wirkkraft nur dann optimal, wenn auf lokaler Ebene das Zusammenwirken von Feuerwehr und Rettungsdienst durch örtliche, sächliche und persönliche Nähe in Form der Realisierung eines **Rettungszentrums** ergänzt wird. Aufgrund der Bahnstadtentwicklung muss die Rettungswache Heidelberg einschließlich Katastrophenschutzes und DRK-Kreisgeschäftsstelle verlagert werden. Diese historische Chance

einer Standortzusammenführung muss genutzt werden durch die Realisierung eines gemeinsamen Rettungszentrums Heidelberg, getragen von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz am Standort der Berufsfeuerwehr Heidelberg. Dies wird von Feuerwehr und Rettungsdienst ausdrücklich befürwortet. Gemessen an der Fahrzeugvorhaltung und am Einsatzaufkommen von rund 90 % in der Notfallrettung und Notarztversorgung ist der DRK-Kreisverband Rhein-Neckar/Heidelberg e.V. der größte Leistungsträger im Rettungsdienstbereich Rhein-Neckar/Heidelberg.

2.3 Politische Aufgabenstellung zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben

Der Druck zur Zusammenführung der drei bestehenden Leitstellen von Feuerwehren und Rettungsdienst zu einer **integrierten Regionalleitstelle Nordbaden** ist sehr hoch. Am 11. November 2010 ist auf politischer Ebene bei einem Spitzengespräch der Verwaltungen der Stadt Heidelberg, des Rhein-Neckar-Kreises und der Stadt Mannheim der Grundstein für die Arbeitsgruppe „Gemeinsame Integrierte Leitstelle“ gelegt worden. In der Arbeitsgruppe (AG) sind vertreten der Rhein-Neckar-Kreis, die DRK-Kreisverbände Mannheim und Heidelberg, die Feuerwehren Heidelberg und Mannheim sowie das RP Karlsruhe und das Innenministerium. Die Aufgabenstellung für die Arbeitsgruppe lautet:

„Erörtern sie als ersten Schritt die Möglichkeiten einer Integration der Leitstellen der Städte Heidelberg, Mannheim und des Rhein-Neckar-Kreises unter Berücksichtigung der Qualität, Kostenneutralität und des Gefahrenpotentials der einzelnen Bereiche. Unterbreiten Sie weiterhin einen Vorschlag zur Umsetzung des Zusammenwachsens.“

Nach einjähriger Beratung liegt nun ein AG-Grundlagenpapier vor, auf dessen Grundlage die Politik die drei Leitstellen zu einer integrierten Regionalleitstelle an einem Standort zusammenführen kann.

3. Wertung

Im politischen Ringen um den Standort der gemeinsamen Regionalleitstelle wird es dabei entscheidend sein, wie konkret der Wille zur Schaffung einer integrierten Regionalleitstelle belegt werden kann. Die Stadt Heidelberg verfügt dabei über entscheidende Standortvorteile, wie

- geographische Lage (in der Mitte des künftigen Versorgungsbereiches)
- politische Entscheidungsträger von Heidelberg und Landkreis befinden sich in Heidelberg
- Gute Zusammenarbeit zwischen Berufsfeuerwehr und DRK-Rettungsdienst im Einsatz und im Bereich der Ausbildung.

Die Zusammenführung von der Berufsfeuerwehr und dem Rettungsdienst in einem Rettungszentrum wäre ein weiteres gewichtiges Argument für den Standort Heidelberg.

Die bisherige Integrierte Leitstelle im Rhein-Neckar-Kreis ist aus heutiger Sicht - baulich wie auch organisatorisch - nicht in der Lage, ohne größere Investitionen die Aufgabenstellung übernehmen zu können.

Die Stadt Mannheim plant auf Grund des Projekts „Glückstein-Quartier“ (Mannheim 21) den Standortwechsel der Hauptfeuerwache mit Integrierter Regionalleitstelle, jedoch ohne Rettungsdienst. Damit entfallen jegliche Synergien. Ferner ist der Zeitpunkt für eine Realisierung noch offen.

4. Aktueller Planungsstand

4.1 Grundstücksbedarf

Durch die Nutzung mehrerer im städtischen Eigentum befindlichen Flurstücke (Flst. Nrn.: 6785, 6786 und 6786/1), welche im westlichen Bereich direkt an das Gelände der Feuerwache angrenzen, kann der benötigte Flächenbedarf für das Rettungszentrum abgedeckt werden. Der bedarfsorientierte und -optimierte Raum- und Nutzungsplan für das DRK kann entsprechend der in

den Anlagen beigefügten Variante umgesetzt werden. Durch den zusätzlichen Erwerb eines kleineren, Grundstücks (Flst. Nr.: 6784) im Baumschulenweg), kann die räumliche Anordnung des Gebäudes beeinflusst und die gestalterischen Möglichkeiten im Außenbereich verbessert werden.

4.2 DRK-Rettungswache mit Kreisgeschäftsstelle am Standort Baumschulenweg

Zwischen DRK und Feuerwehr fanden zahlreiche Gespräche statt. Beide Organisationen würden eine gemeinsame Nutzung begrüßen. Um dies zu belegen wurden nach intensiven und direkten Gesprächen mit dem Deutschen Roten Kreuz Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar e.V. im August 2011 eine Machbarkeitsstudie für DRK-Rettungswache mit Kreisgeschäftsstelle und Integrierter Regionalleitstelle ohne Katastrophenschutz durch das Architekturbüro Kulka (Feuerwache) in Auftrag gegeben.

4.3 Integrierte Regionalleitstelle am Standort Baumschulenweg

Die zentrale Lage Heidelbergs im Einzugsbereich der Metropolregion spricht für die Errichtung einer Gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle am Standort Heidelberg. Mit dem größten Medizinzentrum am Ort und damit einhergehend einer Vielzahl tausender Bewegungen jährlich in der medizinischen Notfallrettung (extern wie auch interhospital) und dem Krankentransport stellt der Standort Heidelberg eine der wichtigsten Säulen für den Rettungsdienstbereich dar. Die integrierte Regionalleitstelle kann **als zusätzlich ausgewiesene Fläche** in einem DRK-Neubau realisiert werden. Ein weiterer Grundflächenbedarf ist nicht erforderlich, notwendige gebäudetechnische Ausstattungen müssen um die zusätzlichen Anforderungen und Bedürfnisse einer Integrierten Leitstelle erweitert werden.

4.4 Konkrete Planungsmaßnahmen

Durch das Architekturbüro Kulka wurden verschiedene Lösungen zur Realisierung des Projekts ausgearbeitet. Neben einem Neubau der alle Komponenten (Rettungswache, DRK-Kreisgeschäftsstelle, Integrierte Regionalleitstelle) enthält, wurden auch Ansätze für eine Aufteilung in verschiedene Gebäudeteile betrachtet. Vordringlichstes Ziel waren dabei zwei Neubauten in direkter angrenzender Nachbarschaft zur Feuerwache. Aus städtebaulicher Sicht, aber auch aus Kostengründen für zwei Baukörper, werden diese Überlegungen als nicht zielführend angesehen.

Von Seiten des Baudezernats, des DRK und der Feuerwehr wird daher ein Neubau mit allen Komponenten, auch aus städtebaulichen Argumenten, favorisiert, da dieser nach derzeitigem Stand die größtmöglichen Synergieeffekte beinhaltet und sich in die Geländestruktur integriert. Dies gilt nicht nur hinsichtlich des Grundflächenverbrauchs, sondern auch auf die räumliche Anordnung der Nutzungseinheiten und die Baukostenentwicklungen. Umweltrechtliche Vorgaben (TA Lärm) werden planerisch und gestalterisch berücksichtigt. Erste Modelle und Zeichnungen des Architekturbüro Kulka liegen vor und zeigen ein harmonisches Ensemble mit der Feuerwache umrahmt von Bäumen integriert am Rand der Bahnstadt.

5. Kostenbetrachtung

Mit der geplanten Maßnahme sind nach ersten Kostenschätzungen Investitionskosten zwischen 10 und 15 Millionen Euro verbunden. Zuzüglich sind dabei die Kosten für den optionalen Erwerb des angrenzenden Grundstücks (Flst. Nr.: 6784) zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Finanzierung des Gebäudekomplexes kann auf unterschiedliche Nutzer und Fördermöglichkeiten, unter anderem des Landes, zurückgegriffen werden.

1. Teilbereich DRK-Rettungswache

Der Flächenanteil der DRK-Rettungswache beträgt 38,5 %. Der förderfähige Flächenanteil der Rettungswache beträgt hierbei ca. 80 %. Der förderfähige Flächenanteil der Rettungswache wird bis zu 90 % durch das Land bezuschusst – derzeit zwischen 40 % und 60%. Durch eine Verlagerung der Rettungswache an eine andere Stelle darf die Betriebsfortführung der DRK-

Rettungswache nicht gefährdet werden. Hierfür können Entschädigungsleistungen für die durch die Bahnstadtentwicklung bedingte Verlagerung eingebracht werden.

2. Teilbereich DRK-Kreisgeschäftsstelle

Der Flächenanteil für den Teilbereich DRK-Kreisgeschäftsstelle beträgt ca. 41,5 %. Auch hier ist die Verlagerung aus der Bahnstadt entwicklungsbedingt und vergleichbar mit dem Teilbereich DRK-Rettungswache.

3. Teilbereich Integrierte Regionalleitstelle

Dieser Flächenanteil ca. 20 % der Gesamtfläche. In Bezug auf seine Aufgabe des Rettungsdienstes wird er bis zu 100 % über das mit den Kostenträgern vereinbarte Leitstellenentgelt refinanziert. Die der Feuerwehr zugeordneten Flächen müssen durch die beteiligten Träger der Feuerwehren in den Städten Heidelberg und Mannheim sowie dem Landkreis Rhein-Neckar getragen werden. Für die Errichtung einer Integrierten Leitstelle gibt es für den Bereich Feuerwehr vom Land eine Zuwendung aus dem Bereich Feuerwehrwesen. Aufgrund der Nutzung der Integrierten Regionalleitstelle durch unterschiedliche Körperschaften ist hier eine Trägerschaftsvereinbarung abzuschließen, die insbesondere die Aufteilung der Investitions-, Instandhaltungs- und Betriebskosten regelt.

Unter den genannten Aspekten ist ein ausgewogenes Realisierungs- und Finanzierungskonzept auszuarbeiten, das alle Beteiligten und Nutzer angemessen berücksichtigt. Förderaspekte spielen hierbei eine besondere Rolle.

6. Fazit

Mit der Schaffung eines Rettungszentrums am Standort Heidelberg kann nicht nur für den Rhein-Neckar-Kreis, die Stadt Mannheim und die Stadt Heidelberg, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus, ein einmaliges Zentrum mit Modellcharakter für die nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr errichtet werden.

Durch die gemeinsame Nutzung von Grundstücken und Gebäuden bietet sich die Möglichkeit für zwei Rettungsorganisationen, die sich auch auf ehrenamtlicher Basis engagieren, ein Rettungszentrum zu errichten, welches den aktuellen technischen Anforderungen hinsichtlich Unfallverhütung, Klimaschutz sowie zeitgemäßer Unterbringung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie der Helferinnen und Helfer entspricht. Das Grundstück ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht zu erreichen und ist auch aus einsatztaktischen Gesichtspunkten aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage, am Ortseingang zu Heidelberg an der Speyerer Straße, hierfür sehr gut geeignet.

Mit einer baulichen Zusammenlegung der Rettungsorganisationen kann nicht nur deren Zusammenarbeit gestärkt und Synergieeffekte genutzt werden, sondern es können auch gemeinsame Infrastrukturen genutzt werden wie gemeinsame Übungsflächen, gemeinsame Zufahrt etc.. Darüber hinaus kann die interkommunale Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und den beiden Stadtkreisen Mannheim und Heidelberg weiter vertieft und optimiert werden.

Für die weitere Ausarbeitung ist zunächst eine grundsätzliche Zustimmung zu Konzept und Standort erforderlich.

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner